

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/206 - 12. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Es geht nicht mehr um Adenauer</u> Kanzlerdämmerung wirft ihre Schatten voraus	107
3	<u>Des Kanzlers Hüh und Hott</u> Das Räusperrn des Herrn Chruschtschow Von Franz Barsig	44
4 - 4a	<u>Von Futsch zu Futsch</u> Rechtsradikale als Verbündete und Wegesreiter des Kommunismus Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	66
5	<u>Zehn Jahre "Gross-Europa"</u> Ansteckende Krankheiten kümmern sich nicht um Landesgrenzen und politische Systeme Von Bruno Kuster, Genf	52
6	<u>Geographen tagten</u> Korrekturbedürftige Schulgeographiebücher	29
6	<u>Geoffefferte Antwort</u> Die IG Metall und der 13. August	30
7	<u>Das haut hin!</u> • Gemeinderat? Nein! - Bundeskanzler? Immer!	37

* * * *

Es geht nicht mehr um Adenauer

Kanzlerdämmerung wirft ihre Schatten voraus

sp - Schon seit etwa 14 Tagen pfeifen es in Bonn die Spatzen von den Dächern: Es geht nicht mehr um Adenauer!

Nicht nur Dr. Adenauers langjähriger Vertrauter, der Chef des Bundespresse- und Informationsamtes Felix von Eckardt, sondern auch zahlreiche CDU/CSU-Abgeordnete im Norden und Süden der Bundesrepublik bezweifeln die Wiederkehr eines Bundeskanzlers, der sich unter Umständen im Alter von 90 Jahren - also nach Ablauf der nächsten Legislaturperiode - noch einmal für seine und seiner Parteifreunde Politik vor der deutschen Volke verantworten müsste. Der Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, wäre dann ein Mann von 52 Jahren, der in jeder Beziehung Rede und Antwort für seine Politik stehen könnte.

Mehrere "Kronprinzen"

Aber diese Überlegung ist es nicht allein, die in den Führungskreisen der CDU/CSU zu interessanten Diskussionen über einen Nachfolger Adenauers geführt hat. Man rechnet dort nicht mehr mit der Mehrheit und will sich in oder ausserhalb der Partei als "Kronprinz" in Empfehlung bringen.

An der Anwärter Spitze steht Franz Josef Strauss, dessen auffallende Zurückhaltung auf dringenden Rat seiner bayerischen Parteifreunde als Klettermethode empfohlen wurde. Diese Gruppe der CSU-Prominenz steht in einer harten Auseinandersetzung mit dem nordischen Kronprinzentendenten, dem CDU-Wahlkampfleiter und schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel. Es ist in Kieler Regierungskreisen bekannt, dass Herr von Hassel, möglichst bald das Meerumschlungene Schleswig-Holstein mit dem Rheinstrand austauschen möchte. Kaum zu denken ist jedoch eine Kombination Strauss plus von Hassel. Abgesehen davon, dass man in München zu der Meinung gelangte, die Anlage des CDU-Wahlkampfes sei denkbar schlecht gewesen, glaubt man auch nicht, dass Herr von Hassel über ein mehr als durchschnittliches Provinzforat verfügt. Hinzu kommen noch gewisse im Hintergrund schwelende konfessionelle Überlegungen.

Schröder im Spalt

In diesen Spalt drängt sich Bundesinnenminister Gerhard Schröder. In seinem Freundeskreis erzählt man sich, der Herr Minister habe eine feste Zusage von Adenauer, wonach durch interne Vereinbarungen die Nachfolgefrage bereits abgesprochen sei. Im Vertrauen lässt man durchblicken, der Herr Minister verfüge über gewisse Einblicke in das innere Getriebe der CDU-Prominenz, ein sehr hoch zu bewertender Faktor, der ausreichen würde, um auch Widerspenstige zur Reison zu bringen...

Erhard auf dem Hochstand

Von Vizekanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard ist interessanterweise in diesem Zusammenhang wenig die Rede. Der Bundeswirtschaftsminister hat dem sicheren Vernehmen nach seine Verbindungen hauptsächlich zum Freundeskreis von Franz Josef Strauss ausgebaut, um sich dort die Unterstützung nach den zu erwartenden Verlust der CDU/CSU-Mehrheit für den Fall einer Regierungsumbildung zu sichern. Eifrig werden im Adenauer-treuen Hauptquartier der CDU zu Bonn die Reden und Aussprüche des Vizekanzlers gesammelt, aus denen hervorgeht, dass dieser Mann, von dem Adenauer einmal sagte, er verstehe nicht viel von Politik, gemeinsam mit Strauss auf dem Hochstand sitzt.

Frügelknabe von Brentano

Bundesaussenminister Heinrich von Brentano sitzt - nach allen Informationen aus der CDU - zwischen sämtlichen Stühlen. Das Ergebnis der Konferenz der Neutralen in Belgrad wird von Freunden und Gegnern des derzeitigen Aussenministers wenig schön als "Stalingrad der Bundesrepublikanischen Aussenpolitik" bezeichnet. Obwohl man weiss, dass Herr von Brentano stets nur als Exekutivorgan des Bundeskanzlers funktioniert hat, wird er jetzt zum Frügelknaben gemacht. Da Herr von Brentano bekanntlich nicht nur ein Mann mit weichem Kinn, sondern auch ein solcher ohne sockige Ellenbogen ist, resigniert er bereits und hat seine Freunde wissen lassen, er denke gar nicht daran, um seine Position zu kämpfen.

Fragezeichen Gerstermaier

Bleibt Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier. Was dieser Mann über den Bundeskanzler denkt und was er von dessen Politik hält, ist bekannt. Dr. Gerstenmaier vergisst nicht, dass ihn der Bundeskanzler nach der viel beachteten Ansprache im Bundestag am 30. Juni 1961 öffentlich ässv. wickte. Das ist es jedoch nicht allein, was den Bundestagspräsidenten veranlasst, sehr deutlich die unfairen Wahlkampfmethoden seines Parteiv ersitzenden zurückzuweisen. Dr. Gerstermaier, dessen Bindungen zur evangelischen Kirche nach wie vor sehr stark sind, bleibt bemüht, Bundesgenossen für eine wirkungsvolle und realistische Deutschlandpolitik auch innerhalb seiner eigenen Partei zu finden. Seine Freunde sagen von ihm, "der Präsident spart sich auf", und meinen wohl damit, dass er sich von allen zur Diskussion stehenden Nachfolgern Adenauers innerhalb der CDU am klügsten verhält. "Abendländer" wollen auch mitmischen

In diesen parteiinternen Auseinandersetzungen spielen Männer wie Etzel, Wärmeling, Blank und einige andere der Minister-Garnitur überhaupt keine Rolle. Entweder haben sie keine "Hausmacht", mit der sie kämpfen könnten, oder sie mussten das Rennen bereits im Vorfeld aufgeben. So paradox es jedoch klingen mag, - Herr von Merkatz auf der einen und die Herren von Guttenberg und Jäger auf der anderen Seite der Mainlinie spielen zusammen. Von Herkunft und Temperament durchaus verschieden, finden sie sich doch in der Vorstellung, dass die "Abendländer" mehr in der deutschen Politik zu sagen haben müssten als bisher. Gemeinsam ist ihnen auch die Bereitschaft, dem 86-jährigen Dr. Adenauer nicht noch einmal das Staatsrudar in die Hand zu geben.

Es geht um unser Volk, nicht um Adenauer!

Diese Vorgänge sind symptomatisch für den inneren Zustand der CDU/CSU. Sie spielen sich ab vor dem Hintergrund, den die Wochenzeitschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Bueerius "Die Zeit" als "Kanzlerdämmerung in Bonn" bezeichnete und der den Stern-Chefredakteur Nannen dazu veranlasste, das Schicksal Adenauers mit dem des verübten Professor Sauerbruch zu vergleichen.

Der Bundeskanzler weiss das natürlich auch alles. Deswegen schlägt er sich, demnstriert den harten Wahlkämpfer, setzt sich dabei jedoch immer mehr in die Hessein. Die zweimalige Zitierung - jedesmal mit umgekehrten Vorzeichen - des Kreml-Chefs-Chruschtschow als Kronzeugen für die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zeigte die grenzenlose Verwirrung des alten Herrn. Diese Auseinandersetzungen innerhalb der CDU/CSU lässt offenbar werden: nur sehr wenige Spitzenreiter der bisherigen Kanzlerpartei haben begriffen, dass es um viel mehr geht, als nur um die Ablösung des 86-jährigen Dr. Adenauer. Diese Leute lassen die Grösse vermissen, die in einem richtigen Verhältnis zu den Aufgaben der deutschen Politik in der nächsten Zeit stehen muss. Die meisten von ihnen kämpfen innerhalb ihrer eigenen Partei um Posten, weil sie wissen, dass die Ara Adenauer zu Ende ist, bringen jedoch nicht die Kraft und politische Weitsicht auf, die notwendig wäre, um über die Grenzen ihrer eigenen Partei hinaus die Plattform für eine gemeinsame deutsche Politik zu finden. Vielleicht gibt es einige unter ihnen, die das alles ahnen, aber noch nicht imstande sind, über ihren eigenen Schatten zu springen. + + +

Des Kanzlers Hüh und Hott

Von Franz Barsig

Die Wahlkampfführung der CDU/CSU in den letzten vier Wochen ist nicht nur verwirrt, sie nimmt auch immer stärker groteske Züge an, denn wer die Adenauer-Reden der letzten Tage verfolgt, der muss glauben, die CDU legt es nicht mehr darauf an, Konrad Adenauer wählen zu lassen, dem sein "getreuer Eckenhardt" ohnehin schon einen frühen politischen Tod vorausgesagt hat, sondern ihr geht es darum, an einem Tage Nikita Chruschtschow zum Wahlsieg zu verhelfen und am nächsten ihm eine Niederlage zu bereiten.

Der Herr des Kremls braucht sich in Moskau oder sonstwo in seinem Reiche nur zu räuspern, oder er braucht auch nur zu spucken, sofort ist das ein Anlass für den gegenwärtigen Bundeskanzler, ihn als Kronzeugen für oder gegen die CDU anzurufen. In früheren Jahren hat man Dr. Adenauer zugeschrieben, dass er sich durch Vorsicht oder Klugheit auszeichne. Das kann heute eigentlich niemand mehr behaupten, denn bis zu den Wahlen sind nur noch wenige Tage und wer gibt eigentlich Dr. Adenauer die Gewähr dafür, dass Nikita nicht noch einige Reden hält oder Interviews gibt, und jedesmal wird dann der gegenwärtige Kanzler gezwungen sein, umzuschalten und einmal Herrn Chruschtschow als den Kronzeugen seines Sieges oder seiner Niederlage anzurufen.

Das Ganze ist, so lächerlich es auch nach aussen hin wirkt und Stoff zu einer Posse böte, im Grunde genommen wärdeles. Die sozialdemokratische Partei hat, was immer Chruschtschow auch sagte, das getan, was der deutschen Situation angemessen ist. Im bundesdeutschen Wahlkampf haben weder Nikita Chruschtschow noch der Spitzbart von Ulbricht etwas zu suchen, denn wahlberechtigt sind am 17. September allein die Deutschen. Sie werden souverän und frei entscheiden und sie werden wohl zu beurteilen wissen, dass Chruschtschow - ob er droht oder schmeichelt, ist dabei völlig gleichgültig - keiner deutschen Partei nutzen, sondern dem deutschen Volk als Ganzem schaden will.

Dieses deutsche Volk verbittet sich ausländische Interventionen und es hat kein Verständnis für diejenigen, die nur begierig auf Nikita lauschen. Dass der Bundeskanzler sich vom sowjetischen Ministerpräsidenten in diesem Wahlkampf geradezu am Gängelband führen lässt, ist eigentlich die grösste Überraschung. Aber wer seine Felle wagschwimmen sieht, wer so nervös geworden ist wie die CDU/CSU, der klammert sich an jeden Strohalm. Ein Strohalm aber war noch nie ein Rettungsring. Und selbst wenn er es wäre, von Chruschtschow hingeworfen ist er für das deutsche Volk ein gefährliches Instrument. Warten wir deshalb gelassen ab, was Chruschtschow morgen sagt. Auf jeden Fall sollten die Inseraten-Strategen der CDU/CSU Chruschtschow in beiden Variationen vorrätig halten. Als drohenden Rabauken und als Friedensengel mit der Picasso-Taube. Abnehmen wird es ihm aber ohnehin niemand, denn die deutsche Bevölkerung wählt in Deutschland und nicht in der Sowjetunion.

+ + +

Von Putsch zu Putsch

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Mordanschlag auf der Strasse von Paris nach Colombay les deux Eglises sollte Auftakt zum vierten Umsturzversuch sein. Seit dem 13. Mai 1958, an dem die Vierte Republik durch eine gemeinsame Aktion der Armee, der rechtsradikalen Algerienfranzosen und der Gaullisten gestürzt wurde, ist die Verschwörung zu neuen Staatsstreichern eine Art ständige Einrichtung geworden. Barrikaden-Aufstand der rechtsextremen Zivilisten in Algier im Januar 1960, Militärputsch im April 1960, Attentat auf de Gaulle im September, diesmal als Signal für eine Machtergreifung Salans.

Die Motive und Zielsetzungen sind immer noch die gleichen: Der Algerienkrieg soll verlängert und auf Tunesien ausgedehnt werden, die demokratischen Freiheiten sollen in Frankreich liquidiert und durch einen totalitären Ständestaat ersetzt werden. Nur die Methode hat sich etwas geändert, die Putschisten glauben nicht mehr an den Zusammenbruch der republikanischen Zentralgewalt als Folge eines Aufstands der Algerienfranzosen und zielen jetzt auf den Präsidenten der Republik.

Reaktionäre Träume

Die Abenteurer, ein Gemisch von heruntergekommenen Aristokraten, bankrotten Kleinbürgern und politisierenden Offizieren, wollen nicht begreifen, dass ihr Unternehmen aussichtslos ist, selbst wenn es ihnen gelänge, de Gaulle zu ermorden und den Bürgerkrieg in Frankreich zu entfesseln. Sie werfen dem Staatspräsidenten vor, den afrikanischen Kolonialbesitz Frankreichs schrittweise zu liquidieren und somit ein angeblich gegebenes Wort gebrochen zu haben.

Abgesehen davon, dass de Gaulles Versprechungen bezüglich Algerien niemals eindeutig waren, könnte er den Lauf der Geschichte gar nicht ändern, selbst wenn er es wollte. Seit dem Mai-Putsch 1958 sind die Zeiger der Weltgeschichte unaufhaltsam vorgerückt. Der Eigensinn der rechtsradikalen Verschwörer konnte weder die Anerkennung der FLN als zuständiger Verhandlungspartner, noch den Linksruck der algerischen Nationalbewegung verhindern. Unter dem Druck der internationalen

Entwicklung hat das letzte Kapitel des siebenjährigen Krieges jetzt wirklich begonnen. De Gaulles faktischer Verzicht auf die französische Souveränität über die Sahara räumt für erfolgreiche französisch-algerische Verhandlungen ein letztes Hindernis aus dem Wege.

Die Ultras stehen unter Zeitdruck. In Wirklichkeit glauben sie selbst nicht mehr an den Erfolg ihrer algerischen Illusionen. Sie hoffen, im Zuge der bevorstehenden Schlussoperation die Republik zu stürzen und die alten Träume der französischen Rechten zu realisieren. Es ist kein Zufall, dass man in den Reihen der Verschwörer alle Schulen und Schattierungen der französischen Rechtsradikalen wiederfindet: Kapuzenmänner, Feuerkreuzler und Königsknappen, Potainisten und Neofaschisten.

Auf ihrer Fahne steht: "Algerie française", ihr Ziel ist ein Franco-Regime in Paris. Das Resultat einer solchen "Politik" wäre vor allem die Stärkung des kommunistischen Einflusses in Nordafrika und in Frankreich, entweder im Rahmen einer neuen Volksfront oder im Gefolge eines französischen Bürgerkrieges, der jedenfalls dem Atlantikpakt den Todesstoss versetzen würde. Hier wie anderswo ist der Rechtsradikalismus der beste Verbündete und Wegbereiter des Kommunismus.

Wie lange noch Artikel 16?

Der Kordversuch an de Gaulle zeigt schlagartig, wie gefährlich es ist, wenn der Bürgerfrieden auf der Autorität eines einzigen Mannes beruht. Die demokratischen Parteien, Sozialisten, Liberale und Volkrepublikaner, fordern schärfste Massnahmen gegen die Fatschisten, verurteilen aber die zeitlich unbegrenzte Verlängerung des Ausnahmezustandes, des Artikels 16.

Nach dem letzten Attentat stellt man sich in allen Kreisen die höchst aktuelle Frage, was in Frankreich geschehen soll, wenn de Gaulle eines Tages wirklich von der politischen Bühne abtritt. Diktatur oder Demokratie? Das Parlament ist gewiss nicht gewillt, einen anderen Mann die gefährliche Waffe des Artikels 16 in die Hand zu geben.

Man weiss heute, dass die Unabhängigkeit Algeriens unabwendbar ist. Welche politischen Folgen ergeben sich aber daraus für Frankreich? Diese Frage steht über dem Rauch der Plastikbomber und über den periodischen Anschlägen auf die Fünfte Republik.

Zehn Jahre "Groß-Europa"

Von Bruno Kuster, Genf

Was noch keinem Heerführer und keinem Politiker gelang, erreichten die Ärzte auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes: ihr Europa erstreckt sich vom Atlantik über Sibirien bis an den Pazifik und vom Eismeer bis an den Rand der Sahara. Dieses immense und so vielfältige Gebiet untersteht der Betreuung durch das europäische Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation, das seinen Sitz in Kopenhagen hat.

Ausserhalb der Fachkreise hört man von diesem "medizinischen" Europa, das in den nächsten Tagen in Luxemburg seinen zehnten Jahrestag begeht, nicht viel, was keineswegs ein schlechtes Zeichen ist. Die "Stiller im Lande" sind meist nützlicher als die lauten Schreier. Die Rolle des europäischen Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation ist mit der Wasserversorgung oder dem Postdienst zu vergleichen, die im allgemeinen auch nicht viel von sich reden machen, deren vitaler Bedeutung aber sofort jedermann schmerzlich bewusst würde, wenn sie eines Tages ihre Tätigkeit einstellen würden. In diesen Wochen erhöhter Kriegsfurcht ist es leider nicht überflüssig, darauf aufmerksam zu machen, dass wir im Fall eines Konflikts nicht "nur" von Bomben aller Art bedroht sind, sondern auch vom Zusammenbruch zahlreicher zwischenstaatlicher Institutionen, deren kontinuierliche Tätigkeit für unsere klein gewordene Welt unentbehrlich geworden ist.

Ansteckende Krankheiten kümmern sich nicht um Landesgrenzen und politische Systeme. Sie lauern in ihren Schlupfwinkeln, in die sie dank der europäischen Zusammenarbeit nach dem letzten Kriege vertrieben werden konnten, auf einen unbewachten Augenblick, um auszureichen und erneut über eine Bevölkerung herzufallen, die ihre natürliche Abwehrfähigkeit weitgehend eingebüsst hat.

Greifen wir nur zwei Beispiele heraus. Infolge der durchgreifenden BCG-Impfkampagnen nach Kriegsende ist es gelungen, in zahlreichen europäischen Ländern die Tuberkulose zum Rückzug zu zwingen. Aber sie ist noch lange nicht besiegt. Sie "bleibt in Europa eine drohende chronische Krankheit, und zwar in jedem Klima, unter allen Breitengraden und sozialen Systemen", heisst es im Bericht des europäischen Regionalbüros. Dieses hilft deshalb insbesondere der Tschechoslowakei, der Türkei und Polen, umfassende Aktionen gegen diese Krankheit durchzuführen.

Jahrelangen Anstrengungen im Süden Europas ist es zu verdanken, dass weite Gebiete von der Malaria befreit werden konnten. Endlich können die Bauern ihrer Arbeit nachgehen, ohne von Surfpfeiler niedergedrückt zu werden. Und alljährlich lassen sich hunderttausende Touristen an den Gestaden des Mittelmeeres sorglos von der Sonne rösten. Aber in nicht weniger als zehn Ländern muss der Kampf gegen die Malaria noch weitergeführt werden, um nächstes Jahr Kontinentaleuropa restlos von dieser Plage zu befreien. Ob dieser Sieg endgültig ist, hängt ausschliesslich von der Verznunft und der ständigen Wachsamkeit der Regierungen und Völker ab.

Ebenso bedeutend ist auch die Rolle, welche das europäische Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation beim Auf- und Ausbau der Gesundheitsdienste, bei der Ausbildung des Pflegepersonals und in der Organisation des wissenschaftlichen Austausches spielt. Ihm ist auch zu verdanken, dass sich die Behörden endlich, wenn auch sehr spät, mit der Verunreinigung von Luft und Wasser zu befassen beginnen.

Europa sollte so klug sein, den "Gesundheitswächtern" in Kopenhagen die Ausführung ihres Auftrages nicht zu verunmöglichen.

Geographen tagten

sp - Am Sonnabend ging in Goslar der 1. Kongress des Europarates zu Ende, der sich mit der Revision der Atlanten und Schulgeographiebücher beschäftigte. An der Tagung nahmen fast 50 führende Geographen und Schulbuchautoren aus sämtlichen 16 Mitgliedstaaten des Europarates teil. Unter der Leitung des belgischen Präsidenten Professor Tilint erarbeitete die Tagung Empfehlungen für die Behandlung Zentraleuropas in den Unterrichtswerken der beteiligten Staaten.

In einer Arbeitsgruppe unter Leitung des italienischen Professors Migliorini wurde der Begriff "Zentraleuropa" eingehend diskutiert und nach geographischen Kriterien umrissen. Folgende Staaten sollten nach Ansicht der Teilnehmer auf jeden Fall zu Zentraleuropa gerechnet werden: Deutschland, Österreich, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn. - Die Tagung befasste sich u.a. auch mit der Problematik der Behandlung Deutschlands und der deutschen Grenzen. Da die meisten Atlanten die Oder-Neiße-Linie als de facto annehmen, wurde empfohlen, in den Atlanten durch eine Vermerkung darauf hinzuweisen, dass die de facto-Grenzen nicht unbedingt mit den de jure-Grenzen übereinstimmen. Ortsnamen, die nach dem 2. Weltkrieg geändert worden sind, sollen nach Möglichkeit in der alten und neuen Form angegeben werden. Die Zengrenze und die Grenzen von Berlin sollte man durch eine geeignete Signatur von den übrigen Grenzen unterscheiden. Bei der Behandlung Deutschlands sollte der Darstellung dieser Frage breiterer Raum eingeräumt werden.

Besonders Gewicht legte der Kongress auf eine genaue und objektive Definition der in der Anthropogeographie gebräuchlichen Begriffe, insbesondere der Termini, die politische Bedeutung besitzen und zu Missverständnissen führen können. Von allen Teilnehmern, nicht zuletzt von der deutschen Delegation, wurde wiederholt unterstrichen, daß gerade die Behandlung des Grenzproblems im Geiste der internationalen Verständigung erfolgen müsse.

+ + +

Gepfefferte Antwort

sp - Der ostzonale FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), der weder frei noch ein Bund ist, sondern eine staatliche Zwangsorganisation, zu dem ausdrücklichen Zweck geschaffen, selbst in der Verfassung der "DDR" garantierte Rechte mit Füßen zu treten, besass die Frechheit, die grösste Gewerkschaft in der Bundesrepublik, die von Otto Brenner auf harte IG Metall zu Aktionen für den Abschluss eines separaten Spaltervertrages und gegen die drohende Kriegsgefahr aufzufordern. Die Antwort auf diese Schamlosigkeit wurde ihm an Ort und Stelle zuteil - im bedrohten, von Stacheldraht und durch chinesische Mauern gemarterten Westberlin. Otto Brenner und mit ihm über tausend Vertrauensmänner aus Berliner Betrieben haben sie selbst erteilt, so unmissverständlich, dass den Exekutivorganen des Herrn Ulbricht wohl die Lust nach weiterem Liebeswerben verloren sein dürfte. Sie beschränkten sich nicht nur auf verbale Proteste. Gleichzeitig wurden 68 SED-Mitglieder aus der IG Metall ausgeschlossen, wobei der erste Anstoss dazu von den Bolegschaften aus den Betrieben kam. - Nicht immer gibt es auch in der Bundesrepublik gewisse Kreise, die den Gewerkschaften nur den Rang einer reinen Interessenvertretung zuweisen möchten, die nicht erkennen wollen, dass die Organisationen der deutschen Arbeitnehmer mehr sind als nur Partner für das Aushandeln von Löhnen und Gehältern. Der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen über sechshundert Millionen Mitgliedern ist Mitträger unseres demokratischen Staates und deshalb Gegner jedweder Diktatur. Er ist verpflichtet, und er tut es auch, sein Gewicht dann in die Waagschale zu werfen, wenn elementare Grundrechte in Gefahr geraten, verletzt und missachtet zu werden. Gerade den Metallern wird oft eine Radikalität nachgesagt, man wirft ihnen und ihrer Führung linksradikale Tendenzen vor. Nun, dieser Radikalismus kann sich schon lassen. In der Auseinandersetzung mit dem Ulbrichtregime lässt es die grösste deutsche Gewerkschaft nicht an twendiger Schärfe und Entschlossenheit fehlen - das sollten auch jene bedenken, die sonst Otto Brenner gern eins am Zeuge flicken wollen. + + + - 7 -

Das haut hin!

L.Sch. - CDU-Wahlversammlung auf dem Lande. In Hochspeyer bei Kaiserslautern, wo die SPD den Bürgermeister und die mit Abstand stärkste Fraktion stellt. Etwa 130 Seelen sind hinter dem CDU-Vorsitzenden zur völlig überflüssigen Vergatterung durch den christdemokratischen Wahlkreis Kandidaten erschienen. Der lässt runde zwei Stunden auf sich warten. Die Versammlung darf sich mittlerweile an den Lungenkraftakten einer Kolpings-Kapelle, an dem mit Herbstblumen eingerahmten Konterfei des gegenwärtigen Bundeskanzlers und CDU-Befehlshabers und an seinen gedanklichen und rhetorischen Fehlleistungen auf dem Kölner CDU-Parteitag erbauen, die auch der gewiss wohlwollende Schnittmeister des abgespulten Propagandafilms nicht gänzlich aus der Welt schaffen konnte. Auch die moralische Achillesferse der CDU-Wahlstrategen, die Zelluloid-Entgleisung "Das falsche Pferd", musste als Lückenbüßer eingesetzt werden, selbst in der gekürzten und entschmutzten Fassung kaum eine reine Freude für den Herrn Kaplan und die beiden katholischen Ordensschwester in Saal!

Endlich platzt der Redner des Abends in die filmischen Plattitüden Dr. Werner M a r x , Regierungsrat und Sachbearbeiter für psychologische Kampfführung im Bundesverteidigungsministerium, bei Freund und Gegner als Strauß-Protégé bekannt. Sein hoher Gönner und Meister hatte mit einem Brief an die Kaiserslauterer CDU-Leitung den langjährigen CDU-MdB für diesen Wahlkreis und den früheren Gewerkschaftssekretär der IG Bergbau, August S p i e s , (67), aufs politische Abstellgleis manövriert. Sein Nachfolger als CDU-Direktkandidat im Wahlkreis Kaiserslautern-Kusel hat ihm mit Sicherheit eines voraus: die Geschwindigkeit der Rede und eine gezüchtete Ellenbogen-Freiheit!

Gegen Fehlleistungen scheinen aber auch gedrillte 36-jährige CDU-Protagonisten nicht gefeit. In der wohlweislich auf fünf Minuten beschränkten Diskussionsmöglichkeit stellte ein Versammlungsteilnehmer an Herrn Dr. Marx die konkrete Frage, ob er selbst wohl auf Grund allgemeiner Lebenserfahrung geneigt wäre, einem 86-jährigen Mitbürger noch das Mandat eines Gemeindevertreters zuzumuten. Nach Hinweis auf die Meriten des 86-jährigen Konrad Adenauer in der Kommunalpolitik kam die erstaunliche Antwort, unverkennbar auf seinen Parteichef bezogen: "Gemeinderat? Nein! Aber Bundeskanzler? Immer!"

Hätte er geschwiegen, er wäre zumindest in Hochspeyer ein Weiser geblieben!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel